

r und hilfs  
und Dain  
volle Dienst  
sofort 120  
brüde. In  
innerhalb 2  
on 1,5 Mor  
on ungefähr  
es, daß das  
den Leuten  
stellig eingrif  
iel größeren  
Feuer durch  
Reißigstokes

er Schweizer

is.  
s für Weizen

Galw.  
Galw.

er Hof.  
onds 8 Uhr  
Kabira

Orsini

züchter=  
alw.

ag, 13. Mai,  
im Badischen  
ammlung statt.  
Pres.-u. Kassen-  
Schick über:  
afen und deren  
nes.

Vorstand.

st, 10. Mai,  
all=  
spiel

B-Klasse,  
alw.

inn 2 Uhr.

er und Um-  
r,  
Art  
Erinnerung.  
benzell.

re  
n billigst

orzheim,  
alle,  
erstraße 35.

en  
nd:  
400.—  
300.—  
nahme  
fabrik:  
A.-G.  
rikate.

maft m. b. H.  
heiten, so die  
Wertpapieren.  
chsel.



**Nr. 108** **Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.** **98. Jahrgang.**

Erscheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 150 RT., Familienanzeigen 100 RT., Reklamen 400 RT. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernpr. 9.

Freitag, den 11. Mai 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Tragelohn 3000 RT. monatlich, Bestbestpreis 3000 RT. ohne Befehlgeb. Einzelnummer 120 RT. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

### Neueste Nachrichten.

**Die deutsche Reichsregierung wird wegen der Schandurteile gegen die Kruppdirektoren eine Protestnote an Frankreich richten.**

Der deutsche Reichskanzler will die englische und französische Antwort auf das neueste Reparationsangebot Deutschlands abwarten, ehe er Stellung zu der französisch-belgischen Antwortnote nimmt.

Die bayrische Regierung kündigt in einer Verordnung Maßnahmen gegen die Uebergrieffe von Organisationen an, die sich der allgemeinen Rechtsordnung nicht fügen.

In Lausanne ist der Vertreter der russischen Regierung von einem Schweizer Faszisten ermordet worden. Seine Begleiter wurden verwundet.

### Nach dem Gewalturteil von Werden.

**Essen, 9. Mai.** Wie wir hören, sind die gestern in Werden Verurteilten in Automobilen in Richtung nach Düsseldorf abtransportiert worden.

**Paris, 9. Mai.** Nach einer Havasmeldung aus Werden wird der Revisionsprozeß gegen die im Zusammenhang mit dem Zwischenfall bei Krupp Verurteilten wahrscheinlich in Düsseldorf stattfinden. Im Widerspruch hierzu besagt eine vom „Temps“ veröffentlichte Düsseldorf-er Meldung, daß die Entscheidung über die von den Verteidigern eingelegte Revision nicht vor Mitte nächster Woche getroffen werden solle.

**Der wahre Charakter der Werdener Urteile.**

Paris, 10. Mai. Während die Pariser Presse sich bis jetzt damit begnügte, tendenziöse Berichte ihrer Sonderkorrespondenten über den Prozeß in Werden wiederzugeben, findet heute ein Blatt den Mut, die politischen Motive der Urteilsprüche einzusetzen. Es handelt sich um den „Gaulois“, der in seinem Leitartikel schreibt, der Charakter der Deutschen sei genügend bekannt, um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß sie nur für eine Politik der Energie empfindlich seien. Daher sei man in Werden geschickt vorgegangen. Dadurch, daß die Franzosen Krupp von Böhlen und Halbach zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt hätten, hätten sie den Nagel auf den Kopf getroffen. Das Blatt hofft, daß diese ernste Warnung der Bevölkerung an der Ruhr und im Rheinland, deren Blicke auf Berlin allein gerichtet gewesen seien und die sich eingebildet habe, Frankreich werde niemals ihnen gegenüber die starke Hand zeigen, die Augen offen werden. Je mehr Frankreich gefährdet werde, umso stärker werde es sein und um so eher beschleunige es die Lösung, nämlich die Unterwerfung Deutschlands unter den Willen der Sieger.

### Eine Protestnote der deutschen Regierung gegen die Urteile.

Berlin, 9. Mai. (Wolff.) Wie den Blättern zufolge in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die Reichsregierung eine Protestnote gegen das Urteil im Krupp-Prozeß an Frankreich richten.

### Der Reichstagspräsident über die Urteile.

Berlin, 11. Mai. Zu Beginn der Mittwochsitzung des Reichstags wies Präsident Lobe (Soz.) in einer kurzen Ansprache auf die Schandurteile der französischen Militärgerichte in Werden und Mainz gegen die Leiter der Krupp'schen Werke und den Betriebsrat, sowie gegen die Gewerkschaftsführer der Eisenbahner hin, die die Welt blenden und den französischen Militarismus von der Schuld an dem Essener Blutbad reinwaschen sollten. Zum Schluß sprach er im Namen des Reichstags den von den Urteilen Betroffenen und den Hinterbliebenen der Essener Gefallenen die Versicherung aus, daß ihre schuldlosen Leiden auf den Blättern der Geschichte voll und leuchtend erstrahlen würden, während die Grausamkeiten ihrer Feinde verächtlich beiseite geschoben würden. Die Mitglieder des Hauses hatten die Ansprache des Präsidenten flehend angehört.

### Die Werkleitung und der Bezirksrat der Firma Krupp zum Urteil.

Essen, 9. Mai. Die Werkleitung und der Betriebsrat der Firma Krupp haben heute folgenden Anschlag innerhalb der Krupp'schen Fabrik veröffentlicht: Wegen der Vorgänge am Karlsruhstag fällt das französische Kriegsgericht in Werden nach überlängiger Verhandlung sein Urteil. Es sind folgende Strafen verhängt worden (folgen die bereits in der Presse veröffentlichten Strafen). Gegen das Urteil ist das Rechtsmittel der Revision eingelegt worden. Nach eingehender Prüfung und Ueber-

### Ermordung des russischen Vertreters in Lausanne.

Lausanne, 11. Mai. Gestern Abend um 9.20 Uhr wurde im Hotel Cecil, wo die russische Delegation wohnt, beim Abendessen der russische Bevollmächtigte Worowsky durch einen Revolveranschlag ins Genick getötet. Seine Begleiter, der Presseschef Ahrens und der Sekretär Dimilkowski, wurden ebenfalls durch mehrere Schüsse verletzt, Dimilkowski ziemlich schwer; Ahrens dagegen befindet sich außer Lebensgefahr. Der Mörder gehört der Gruppe der sogenannten Schweizer Faschisten an, die in den letzten Tagen wiederholt Drohungen gegen Worowsky und gegen seine Kollegen bei der Delegation austieß und bereits am letzten Sonntag morgen eine Demarche bei dem russischen Bevollmächtigten gemacht hatte, um ihn zum Verlassen der Schweiz zu zwingen. Der Mörder ist Graubündener. Er ist gestern Abend ins Hotel gekommen und hatte sich einige Tische von Worowsky entfernt zum Abendessen niedergelassen. Als er fertig war, bestellte er zwei Gläser Schnaps, trank sie eilig aus und gab dann sieben Schüsse auf die drei Herren ab. — Der Vertreter des WTB, der sich wenige Minuten nach dem Attentat an das Krankenlager von Ahrens, der in Berlin Mitarbeiter der russischen Botschaft ist, erhielt von dem Verwundeten folgende Erklärung: Die Alliierten, die durch ihre Manöver gegen die russische Delegation Verwirrung in die Geister trugen, die Stellung der Delegation erschütterten und Ungewißheit über ihre Haltung in Lausanne verbreiteten, haben eine schwere Verantwortung an den Ereignissen, denen Worowsky zum Opfer gefallen ist, Ahrens protestierte auch in lebhaften Worten gegen die Haltung der hiesigen Behörden, die seit dem ersten Tage von den Machenschaften unterrichtet gewesen seien, ohne irgendwelche Schritte dagegen zu ergreifen.

Irgendwem bitten wir alle Werkangehörigen dringend, auch angesichts dieses für jedes Rechtsempfinden unfassbaren Urteils die berechtigten Gefühle tiefer Enttäuschung zurückzuhalten und wie bisher Würde und Besonnenheit zu wahren. Dies entspricht, wie wir hören, auch dem Wunsche des Herrn Krupp von Böhlen und Halbach und der übrigen Beteiligten.

### Englische Presseurteile zum Schandurteil in Werden.

London, 10. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, man werde in England zwar nicht sentimental wegen des über Krupp gefällten französischen Urteils, sei jedoch der Ansicht, daß das Urteil kaum dazu angetan sei, die Deutschen zu ermutigen, ihren passiven Widerstand aufzugeben, oder mit neuen und besseren Reparationsvorschlügen hervorzutreten. — Die „Westminster Gazette“ sagt in ihrem Leitartikel, die britische Regierung werde vielleicht nicht den Mut haben, irgendeine öffentliche Vorstellung wegen der Werdener Urteile zu wagen, aber das französische Volk könne aus der englischen Presse die Warnung entnehmen, daß es das Gefühl der Gerechtigkeit beleidigt habe, das bei dem Durchschnitsschnittsengländer vorhanden sei. Die Werdener Urteile stießen durch ihre Strenge fast jeden Teil der englischen öffentlichen Meinung vor den Kopf. Das Blatt erwartet davon eine Festigung des passiven Widerstands in allen Kreisen Deutschlands.

London, 9. Mai. (Wolff.) In einem „Besseren Verbrechen?“ überschriebenen Leitartikel befaßt sich die „Daily News“ außer mit der britischen Regierungserklärung auch mit dem Werdener Urteil. Das Blatt schreibt: „Die wildeste Phantastie der einseitigsten Frankophoben hätte niemals die gestrige Folge der Niedermetzelung der dreizehn Krupp-Arbeiter durch französische Soldaten vorhersehen können. Es wurde dargelegt, daß die Arbeiter keinen Angriff auf die Soldaten gemacht haben. Das photographische Beweismaterial zeigt, daß die Arbeiter in voller Flucht niedergeschossen wurden. Die Arbeiter handelten nicht auf Veranlassung der Direktoren, sondern des Arbeiterrats in Uebereinstimmung mit einem Brauch, der von den Franzosen nicht verboten war. Die gestern verhängten Strafen von zehn bis zwanzig Jahren Gefängnis und hundertern von Millionen Mark Geldstrafe seien auferlegt nicht den Franzosen, die für das Schießen verantwortlich seien, sondern den Krupp'schen Direktoren. Soweit von London aus beurteilt werden könne, sind die Ueberführungen und Urteile nicht nur ohne irgendwelches belastendes Beweismaterial zustande gekommen, sondern trotz des genau entgegengesetzten Beweismaterials. Das Frankreich des 20. Jahrhunderts betragte den Widerstand gegen die Invasion durch die französischen Truppen als ein Verbrechen und

zerstöre um seiner Ansicht Geltung zu verschaffen seinen eigenen Ruf.

### Die Auffassung des Schweizer Verteidigers.

Werden, 8. Mai. Der schweizerische Rechtsanwält Morand-Genf nimmt nach der Mittagspause das Wort. Er war in der Vormittagsitzung von dem Verteidiger Solf als einziger Unparteiischer bezeichnet worden. Morand schildert zunächst die Gefühle, die ihn augenblicklich fesseln. Als die Firma Krupp sich an ihn wandte, der er durch seine Anhänglichkeit bekannt sei, habe sie dem Willen Ausdruck gegeben, daß die Verteidigung in der objektiven Art und mit größtem Willen zur Wahrheit erfolge. Morand betonte dann den politisch neutralen Charakter der Firma Krupp, um, wie er sagt, etwaigen Tendenzberichten zu begegnen. Was man bei Krupp wolle, sei in erster Linie friedliches Arbeiten. Ihrem ganzen Wesen nach bestche in den Krupp'schen Werken pazifistische Atmosphäre. Morand verweist ferner darauf, daß in zahlreichen Fabriken des Ruhrgebiets gleich zu Anfang der Besetzung ähnliche Kundgebungen des passiven Widerstands stattgefunden haben, bei denen Arbeiter durch Niederlegen der Arbeit ihren Willen bekundeten, unter Aufsicht von Soldaten nicht zu arbeiten. Militärbehörden hätten dagegen niemals Einspruch erhoben, auch nie gegen Direktoren und gegen Arbeiter Strafverfahren eingeleitet. Zu den Ereignissen am 31. März übergehend, erinnert Morand an das Ergebnis zahlreicher photographischer Aufnahmen, die den Beweis erbringen, daß die Kundgebung in voller Ordnung ohne Gewalttätigkeit erfolgte. Von Machinationen könne keine Rede sein, ebensowenig davon, daß, wie die Anklage behauptet, unter den Arbeitern gewaltsamer Widerstand gegen die Besatzungsgruppen für den Fall des Eindringens in den Betrieb vorbereitet worden sei. Angriffe oder Gewalttätigkeiten gegen Franzosen seien niemals geplant gewesen. Eine Aufforderung an die Arbeiter aber, die Arbeit niederzulegen, als strafbare Tat auszulegen, sei unmöglich. Uebrigens hätten die französischen Behörden bisher in gleichen Fällen niemals Strafverfolgung eingeleitet. Wie könne, so fragt der Verteidiger, unter diesen Umständen der Gerichtshof, der sich durch Einflüsse von außen nicht beeinflussen lassen könne noch dürfe, auf die gestellten Schuldfragen mit Ja antworten? Es gehe um Recht und Gerechtigkeit. Keinerlei Gründe politischer oder anderer Art erlaubten es, diesen Boden zu verlassen. Zu einzelnen Punkten der Anklage übergehend, stellt Morand vor allem fest, daß der Betriebsrat Müller keinerlei gewaltsamen Widerstand unter den Arbeitern vorbereitet hat und daß die angeklagten Direktoren keinerlei Verantwortung trifft. Ihr Eingreifen gegen den einmütigen Beschluß der Arbeiter wäre sogar unnützlich gewesen und hätte nur einen Konflikt zwischen den Arbeitern und den Direktoren erzeugt. Was Krupp selbst betreffe, erinnert Morand an die Tatsache, daß der Angeklagte sich zweimal als Zeuge vernehmen ließ und auch einer dritten Vorladung ohne Zögern von Berlin aus gefolgt ist. Der Verteidiger stellt sodann die Aussagen der Belastungszeugen denen der Entlastungszeugen gegenüber, um darzutun, daß die Arbeiter keine aggressive Absicht hatten; sonst hätte der Betriebsrat nicht zwei Stunden mit dem französischen Offizier parlamentiert. Unter diesen Umständen sei es ganz unzulässig, eine Anklage auf Störung der öffentlichen Ordnung oder gar auf eine Verschwörung der Direktoren gegen die Sicherheit der Besatzungsgruppen zu konstruieren. Der Verteidiger weist dann auf die besondere Stellung des Herrn Krupp von Böhlen im Krupp'schen Unternehmen hin. Er habe nichts mit der Ausführung der Direktionsbeschlüsse zu tun und stehe dem ganzen Tatbestand fern. Die Freisprechung, so schloß der Verteidiger, ist unvermeidlich. Die Vernunft will siegen; die Gerechtigkeit verlangt Sieg. Die französischen Offiziere können ihre Ohren weder der Stimme der Vernunft noch der Stimme der Gerechtigkeit verschließen. Ich habe das unerschütterliche Vertrauen, daß die französischen Richter die Gerechtigkeit über alles stellen und daß keine andere Macht sie beherrschen kann noch darf. Ihr gerechtes Urteil wird der Achtung begeben. — Der sprachlich und kulturell den Franzosen eng verwandte Schweizer Jurist hat sich getäußelt, wenn er wirklich geglaubt haben sollte, daß der bis zum Wahnsinn gesteigerte Nationalhaß Gerechtigkeitsempfindungen noch Zutritt zu dem künstlich überreizten Hirn der französischen Volkspresse zulasse.

### Die Reparationsfrage. Verschiebung der Antwort des Reichskanzlers auf die französische Note.

Berlin, 11. Mai. Wie die „Wolfsche Zeitung“ meldet, hat der Reichskanzler die Absicht, am Freitag anlässlich der dritten Lesung seines Etats in einer Rede zu den Antworten der Alliierten auf die letzte deutsche Note Stellung zu

nehmen, aufgegeben, da bis dahin die englische und italienische Note noch nicht zu erwarten sind. Die dritte Lesung des Etats des Reichsanstalters ist auf nächste Woche verschoben worden.

**Die deutschen Gewerkschaften zur Ruhrinbruch- und Reparationsfrage.**

Berlin, 10. Mai. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Gewerkschaftsring beschließen sich in einer gemeinsamen Kundgebung mit dem deutsch-französischen Notenwechsel über die Beendigung des Ruhrkonflikts. Da es sich hierbei um Lebensfragen des arbeitenden Volkes handle und jetzt schon Irrtümer zutage getreten seien, erklären die Verbände, daß sie in dem Wunsch, die Nachwirkungen des Krieges baldmöglichst zu heilen, von jeher für Reparationen eingetreten seien und an der Erfüllung der Verpflichtungen mitgewirkt hätten, soweit das im Rahmen des Möglichen lag. Allerdings werde der Wiederaufbau aber nur durch verständnisvolles internationales Zusammenwirken auf der Grundlage des Friedens und der wirtschaftlichen Tatsachen möglich sein. Da aber der Ruhrinbruch eine Vertragsverletzung darstelle, seien die Arbeiter in den passiven Widerstand eingetreten und würden darin verharren, bis diesem Zustand ein Ende bereitet werde. Zum Schluß spricht der Aufruf die Hoffnung aus, daß über die Machtgebote und die Irrtümer der Regierungen hinweg die Kämpfe internationale Frage der Reparationen schließlich doch noch eine Lösung auf dem Boden der Vernunft und der Gerechtigkeit finden werde.

**Die Organisationen des besetzten Gebiets für Festhalten am passiven Widerstand.**

Berlin, 11. Mai. Aus dem besetzten Gebiet wird gemeldet: Die gestern in einem Wirtschaftsausschuß in einem Gewerkschaftshaus zusammengetretenen bevollmächtigten Vertreter von Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft des besetzten und des Einbruchgebiets haben nach Kenntnisnahme der französischen Antwortnote vom 6. Mai folgendes einstimmig beschlossen: Der Widerstand der Bevölkerung des Ruhrgebiets und der besetzten Gebiete ist spontan emporgewachsen aus der Ueberzeugung, daß der Ruhrinbruch eine unerträgliche Verletzung des Versailler Friedens und eine Vergewaltigung des deutschen Volkes darstellt. Jeder Tag, jede Stunde der französischen Gewalt Herrschaft heißt heute diese Ueberzeugung und diesen Widerstand gefestigt. Solchen Widerstand hätte keine Regierung befehlen können. Eine fremde Regierung aber wird ihn auch mit noch so grausamen Mitteln militärischer Gewalt nicht zu brechen vermögen.

Essen, 11. April. Eine Konferenz der Vertrauensleute des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter faßte gestern eine Entschließung, in der es heißt: Die christlich organisierten Bergarbeiter halten nach wie vor am passiven Widerstand fest, bis der französische Imperialismus von dem wahnwitzigen Vernichtungsplan Abstand nimmt und, zur friedlichen Verständigung bereit, die widerrechtlich besetzten Gebiete räumt, sowie die Befreiung in Freiheit setzt, damit Deutschland als gleichberechtigte Nation am Wiederaufbau mitwirken kann.

**Vor der Absendung der englischen Note.**

London, 11. Mai. Reuter erfährt, daß heute die letzte Hand an die britische Antwort auf die deutschen Reparationsvorschläge gelegt wird. Bisher sei kein Entwurf nach Paris geschickt worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde die Note in ihrer endgültigen Gestalt der französischen und der belgischen Regierung in Übereinstimmung mit den gewöhnlichen diplomatischen Gepflogenheiten mitgeteilt werden, bevor sie Deutschland überreicht werde. Es sei möglich, daß auch eine Kopie an die Vereinigten Staaten geschickt werde. Es verlautete, daß die italienische Antwort sich in der gleichen Richtung bewege wie die britische.

London, 10. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt, wie ausgesprochen rückwärts voll gegenüber den Ansichten und Gefühlen der Alliierten die britische Regierung sei, werde durch die bevorstehende britische Antwort an Deutschland zutage treten, die sich sorgfältig der Intervention im Ruhrkonflikt enthalten werde (!) Die Meldung, daß eine Abschrift des Entwurfs der britischen Antwort am Dienstag nach Paris geschickt worden sei, entbehre jeder Grundlage, dergleichen die Meldung, daß eine gemeinsame Note von London und Rom nach Berlin geschickt werde.

**Die angebliche Auffassung in Amerika über Frankreichs Ruhrpolitik.**

London, 11. Mai. In einem Leitartikel in der "Times" gibt Lord Robert Cecil die Eindrücke wieder, die er bei seinem kürzlichen Besuch in Amerika bezüglich der Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber dem Völkerbund erhalten habe. Er schreibt, in Amerika scheine jedermann der Ansicht zu sein, daß die Befehle des Ruhrgebiets vollständig unvereinbar sei mit dem Geist des Völkerbunds und den allgemeinen Verpflichtungen seiner Mitglieder. Er habe keinen einzigen Mann getroffen, der nicht der Ansicht gewesen sei, daß die Ruhraktion das größte Hindernis für die Mitgliedschaft im Völkerbund sei. Viele hätten erklärt, es habe keinen Zweck, daß Amerika dem Völkerbund beitrete, solange andere Mitglieder des Bundes zeigten, daß es ihnen nicht wirklich ernst damit sei, die internationalen Streitfragen anders als durch Gewalt zu lösen.

**Die französische Gewaltpolitik.**

Essen, 9. Mai. (Wolff.) Infolge der Stilllegung vieler Kokereien nimmt die Kokszeugung von Tag zu Tag ab, so daß es den Franzosen kaum noch möglich ist, ihre Hüttenwerke mit Koks genügend zu beliefern. Der kommandierende General Degoutte sah sich infolgedessen zur Herausgabe einer Verordnung Nr. 35 veranlaßt, durch die alle

Bestände an Koks oder Nebenprodukten der Kohle zugunsten der alliierten Mächte gesperrt werden. Falls Bestände fortgeschafft oder verschlechert werden, haben die verantwortlichen Direktoren dieser Betriebe eine dem doppelten Wert der Bestände gleiche Geldstrafe zu verurteilen, die aber mindestens zehn Millionen Mark betragen muß, sowie eine Gefängnisstrafe von 5 Jahren oder eine der beiden Strafen. Ebenso wird jede Wegnahme oder jeder Versuch zur Wegnahme der Bestände oder zur Verschlechterung bei allen irgendwie Schuldigen mit einer Geldstrafe bis zu 100 Millionen Mark und 5 Jahren Gefängnis oder einer dieser Strafen belegt. Durch Artikel 4 der Verordnung wird verboten, Hüttenkoks für häusliche Zwecke zu verwenden. Wer Hüttenkoks verkauft oder bei der Handhabung oder beim Transport oder der Verwendung beteiligt ist, hat die Strafe des Artikels 7 der Verordnung 16 verurteilt.

**Ausweisungen auch in Offenburg.**

Offenburg, 10. Mai. Ausgewiesen wurden gestern zwei Eisenbahnspektoren, ein Eisenbahningenieur und ein Eisenbahnarbeiter. Die Ausgewiesenen mußten bis heute Abend Offenburg verlassen haben, ihre Familien am Samstag. Die Möbel müssen in Offenburg bleiben.

**Die Folgen der Militarisierung der Eisenbahnen.**

Berlin, 11. Mai. Aus St. Goar eingetroffene Reisende berichten, einer Blättermeldung zufolge, daß ein von den Franzosen geführter Zug in den Rhein gestürzt ist. Bisher seien 29 Tote geborgen. Die Franzosen hätten die Umgebung abgesperrt, um nichts über den Vorfall bekannt werden zu lassen.

**Der Reichspräsident zu den neuen Gewalturteilen gegen die Eisenbahner.**

Berlin, 9. Mai. Der Reichspräsident hat an den Reichsverkehrsminister folgendes Schreiben gerichtet: Das französische Kriegsgericht in Mainz verurteilt, wie ich soeben erfahre, unter Ausschluß der Öffentlichkeit 17 Eisenbahnbeamte, Gewerkschaftsführer und Angestellte des deutschen Eisenbahnverbandes nach summarischem Massenverfahren zu unerhöht langen Gefängnisstrafen, weil sie ihre Untergebenen und Kollegen aufforderten, den deutschen Gesetzen und dem Diensteid treu zu bleiben. Auch diese Schreckensurteile sind ein Schlag gegen die Wahrheit und Gerechtigkeit und sind ein Akt des wildesten Terrors, der überall Entrüstung und Verachtung hervorrufen wird gegenüber denen, die die Menschenrechte in brutaler Machtwillkür mit Füßen treten. Der fremde Militarismus wird auch durch diesen Gewaltakt seiner Werkzeuge, der Kriegsgerichte, den Widerstand der deutschen Eisenbahner nicht brechen, sondern die Reihen der Abwehr nur enger schließen. Ich bitte Sie, Herr Reichsminister, den betroffenen Beamten und Angestellten meine besondere Hochachtung für die vorbildliche Vaterlandstreue und mannhafte Haltung auszusprechen.

**Wiederholte Reise des päpstlichen Vertreters ins besetzte Gebiet.**

Berlin, 11. Mai. Einer Blättermeldung aus Essen zufolge hat sich der päpstliche Delegat für das Ruhrgebiet, Msgr. Testa, zur Fortsetzung seiner Studienreise erneut ins besetzte Gebiet begeben, und wird für heute in Essen erwartet.



**Einen Dolchstoß in den Rücken der Brüder an Rhein und Ruhr begehrt, wer ihnen nicht hilft. Darum gebt zum deutschen Volksoffer.**

**Sammelstellen in Calw: Calwer Tagblatt, Ledertrape; Kaufmann Dreiß und Kaufmann Künchle, Marktplat; Kaufmann Serva, Ledertrape; Oberamtspflege Calw; sowie Kassenstelle der Vereinigten Deckenfabriken.**



**Zur auswärtigen Lage. Die „Unabhängigkeits“-Erklärung des Memelgebiets.**

Memel, 8. Mai. Gestern wurde in Anwesenheit des litauischen Ministerpräsidenten in der Präfektur die Unabhängigkeit des Memelgebietes feierlich verkündet. Namens der deutschsprechenden Bevölkerung des Memelgebietes gab Handelskammerpräsident Kraus eine Erklärung ab, in der er ausführte, daß durch das Versailler Diktat das Memelgebiet ohne jede Berücksichtigung des Volkswillens von seinem Vaterland abgetrennt wurde und jeder Einspruch gegen dieses Unrecht verworfen worden sei. Die Memeler wollten loyale Staatsbürger sein und sich der Arbeit am Wiederaufbau des gesamten Staates unterziehen. Sie verlangten aber, daß ihre natürlichen Rechte auf Sprache und Kultur berücksichtigt würden und sie nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat als gleichberechtigt angesehen würden.

**Foch auf der Inspektionsreise in den Vasallenstaaten.**

Posen, 8. Mai. Marschall Foch ist in Begleitung des polnischen Kriegsministers Sosnowski, des General Dupont und einer Reihe französischer Offiziere aus Warschau hier eingetroffen und wohnt eine Parade der Garnison bei. Foch begibt sich in den nächsten Tagen nach Lemberg und Krakau.

Warschau, 10. Mai. Marschall Foch ist gestern Morgen aus Posen zurückgekehrt und abends nach Lemberg abgereist, wo er sich einen Tag aufhält. Darauf begibt er sich für drei Tage nach Krakau und von dort nach der Tschekoslowakei.

**Der englisch-russische Konflikt.**

London, 10. Mai. Lord Curzon wies den britischen Vertreter in Moskau an, mit der ganzen englischen Mission nach England zurückzukehren, falls die Sowjetregierung die britische Note nicht binnen 10 Tagen beantwortet oder wenn die Antwort offenbar unbefriedigend ist.

London, 11. Mai. Reuter erfährt, die Antwort der Sowjetregierung auf die britische Note vom 28. April sei in stark gemäßigtem Tone gehalten, erkläre aber, Rußland habe ein Anrecht auf eine 5 Meilen breite territoriale Zone. Es werde indessen erklärt, daß Rußland bereit sei, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten, vorausgesetzt, daß von keinerlei Verletzung der russischen Souveränität die Rede sein werde.

**Ein Zwischenfall zwischen China und der Entente.**

Schädigung von Ententeangehörigen durch einen Raubüberfall.

London, 9. Mai. Reuter meldet aus Peking: Die Gesandtschaften von England, Frankreich und den Vereinigten Staaten, sowie Italien haben gestern der chinesischen Regierung mitgeteilt, daß sie für den Überfall auf den Eisenbahnzug in Schantung verantwortlich gemacht werden würde. Die Regierung sprach in einem Manifest ihr Bedauern über diesen Fall aus. Die bürgerlichen und militärischen Behörden sollen bestraft, die verantwortlichen Militärkommissare entlassen und die militärischen Befehlshaber der angrenzenden Provinzen angewiesen werden, die schnelle Freilassung der Gefangenen zu bewirken und die Räuber ungeschädlich zu machen.

London, 9. Mai. Reuter meldet aus Washington: Anlässlich des Überfalls auf einen Eisenbahnzug in Schantung, dem verschiedene Amerikaner zum Opfer gefallen sind, hat der Kriegsekreter mitgeteilt, daß das Kriegsdepartement sich bereit halte, nötigenfalls Entscheidungen, die das Staatsdepartement oder der Senat in Peking treffen werden, mit Waffengewalt zu erzwingen.

**Deutschland.**

**Reichstag.**

Das Gesetz zum Schutz der Versammlungsfreiheit angenommen.

Berlin, 8. Mai. In der heutigen Sitzung des Reichstags fand zunächst nach unwesentlicher Aussprache ein Antrag der bürgerlichen Parteien in erster und zweiter Lesung Annahme, der eine Verlängerung des Notgesetzes vom Februar dieses Jahres betreffend die Ermächtigung der Reichsregierung zu außerordentlichen Bestimmungen gegen Wucher, Schlemmerei und Spekulation bis zum 31. Oktober dieses Jahres vorsieht. Darauf wurde der Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds in zweiter Lesung genehmigt, der u. a. eine Erhöhung der Zuwendungen an Militärenteneupfänger von 58 Milliarden auf 368 Milliarden bringt. Bei der nun folgenden Beratung des Haushalts des Friedensvertrags widerlegte Abgeordneter Bernburg (Demokr.) die Behauptung Poincarés, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen und daß der schnelle Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte ein Beweis für den schlechtesten Willen Deutschlands sei. Der Haushalt fand Annahme mit einer Ausschussschließung, die die Schaffung von Dauerwohnungen für Flüchtlinge fordert, eventuell durch Ausbau von Kasernen oder anderen reichseigenen Gebäuden und durch Zuschüsse und Beihilfen zum Bau von Flüchtlingswohnungen an die Länder oder Körperschaften des öffentlichen Rechts. Hierauf trat das Haus in die dritte Lesung des Gesetzentwurfs über den verstärkten Versammlungsschutz ein. Nach längerer Aussprache wurde das heiß umstrittene Gesetz unter Ablehnung eines Antrages des Abgeordneten Warmuth (D.N.), wonach auch der Versuch strafbar sein sollte, in folgender von dem Abgeordneten Brodauf (Dem.) zugleich auch im Namen des Zentrums beantragten Fassung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten endgültig angenommen: „Wer in nichtverbotenen Versammlungen oder in nichtverbotenen Umzügen oder Kundgebungen Gewalthatigkeiten in der Absicht begeht, die Versammlung, den Aufzug oder die Kundgebung zu sprengen, wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.“ Hierauf wurde der Gesetzentwurf über die Beteiligung kleinerer im Reichsschuldbuch eingetragener Forderungen dem Rechtsausschuß überwiesen, nachdem nach einer Kritik des Abgeordneten Dr. Schüding (Dem.), daß den Kleinbesitzern von Kriegsanleihe der feinerzeit in hochwertigem Geld geleistete Betrag in schlechtem Papiergeld zurückgezahlt werden soll, Staatssekretär Gröber erwidert hatte, daß niemand gezwungen sei, von den Bestimmungen des Gesetzes Gebrauch zu machen. Das Haus begann schließlich noch die zweite Beratung des Finanzjournals und vertagte sich nach einer längeren Rede des Abgeordneten Henke (Soz.), in der er bedauerte, daß keine Aussicht für eine Gesundung unserer zerrütteten Wirtschaft vorhanden sei, und betonte, daß der passive Widerstand im Westen durch wirksame und energische Stützungen der Mark gesichert werden müsse, auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

**Eine Verordnung der bayerischen Regierung gegen den Dermirbungskampf.**

München, 11. Mai. Die bayerische Regierung hat einen Aufruf „An alle Bayern“ und zugleich eine Verordnung erlassen, die den Behörden im Hinblick auf die Vorkommnisse der letzten Zeit die Möglichkeit gibt, Mißbräuchen des Versammlungswesens, der Vergiftung der öffentlichen Meinung durch Presseorgane, Flugblätter usw., sowie landesverräterischen Umtrieben entgegenzuwirken. Uebertretung der Vorschriften der neuen Verordnung werden mit strengen Strafen geahndet.

Nabaun...  
Berlin  
ginn der  
Kölln) do  
sofortige  
wiederum  
abgelehnt  
zur allge  
kommun  
Fortwäh  
ment!“ u  
schließl  
der Sign  
zu verlor  
Präsident  
der P  
durch  
bung bef  
gere S  
Krimin  
schen Ab  
Da sich  
Arme  
Staatsg  
einige  
rückgehal  
Berli  
wurde v  
des kom  
der Erll  
bet wür  
Ein kom  
ratung d  
gen des  
im Hauf  
beschlidi  
wurde ei  
der Rom  
rungen  
Kommun  
Präsident  
kere lom  
betroffen  
wurde d  
Während  
neten in  
zwischen  
geordnet

Bran  
in der  
eine For  
absehun  
Präsident  
Reihe v  
gestellt  
die Ford  
beitsloh  
Als die  
Aufzuhe  
stände  
versucht  
lungsge  
der hoch  
daß ein  
Zustand  
waren  
machtlo

61)  
Un  
ster in  
eine n  
Einfan  
Sie  
ihr wi  
und sa  
nächt  
Denen  
die G  
Reifen  
Stoffe  
mit ih  
mungs  
trachte  
stille  
W  
fo —  
fen ab  
an un  
am Ei  
und z  
ein R  
zu wo  
Ein  
schickte  
mitten  
Joach  
Klaud  
auf. C



